

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telex: 886846 pppn d
Telefax: 810684

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
zum Tode von Herbert Weh-
ner: Das Vermächtnis dieses
Vorkämpfers wird lebendig
bleiben.

Seite 1

Dr. Uwe Jens MdB zur Vor-
lage des diesjährigen Jahres-
wirtschaftsberichts der Bun-
desregierung: Im Zeichen des
Wahlkampfes.

Seite 2

Dokumentation:

Der SPD-Partei- und Frak-
tionsvorsitzende Dr. Hans-
Jochen Vogel hielt anlässlich
der Delegierten versammlung
der SPD in der DDR am 14.
Januar 1990 in Ostberlin eine
Rede, die wir dokumentie-
ren.

Seite 3

45. Jahrgang / 15

22. Januar 1990

Abschied von Herbert Wehner

Das Vermächtnis dieses Vorkämpfers wird lebendig bleiben

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trauert um Herbert Wehner. Mit seinem Tod hat die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer herausragendsten Vorkämpfer verloren, der seinem Volk und seiner Partei gedient hat wie wenige andere seiner Generation.

Geprägt durch einen Lebensweg, der ihm von Jugend an nichts ersparte, hat er seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in einer Vielzahl von Funktionen, davon zuletzt 15 Jahre lang als Stellvertreter der Parteivorsitzender und 13 Jahre lang als Vorsitzender der Bundestagsfraktion auf die Entwicklung seiner Partei und ihre Politik und damit zugleich auf die Entwicklung der Bundesrepublik wesentlichen Einfluß genommen.

Die Öffnung der SPD zur Volkspartei, der Übergang aus der Opposition in die Regierungsverantwortung, der Ausbau der Mitbestimmung und der Systeme der sozialen Sicherheit, die Aussöhnung mit dem polnischen und dem jüdischen Volk und nicht zuletzt auch die sozialdemokratische Ost- und Deutschlandpolitik und deren große Erfolge werden auf immer mit seinem Namen verknüpft sein.

Zu alledem befähigte ihn sein beispielhaftes Pflichtbewußtsein, seine umfassende Lebenserfahrung, sein politischer Instinkt und eine Leidenschaft, die hell auflodern konnte, die er aber immer wieder zu bändigen wußte.

Vor allem aber leitete ihn ein starkes Gerechtigkeitsgefühl und der unerschütterliche Wille zur Solidarität mit den Schwächeren. Kraft seiner Persönlichkeit hat er sich dabei im Laufe seines politischen Lebens auch den Respekt seiner politischen Gegner erworben und sogar diejenigen verstummen lassen, die ihm lange Zeit mit Unversöhnlichkeit begegneten.

Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor diesem großen Mann, dem es leider nicht mehr vergönnt war, die demokratische Revolution und das Wiedererstehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seiner alten Heimat bewußt mizuerleben.

Sein Vermächtnis wird in unserer Gemeinschaft lebendig bleiben.
(-/22.1.1990/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständnis-Umgebung
mit wertvollen Anlässen
Reservier-Papier



Im Zeichen des Wahlkampfes

Zur Vorlage des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung

Von Dr. Uwe Jens MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Ganz im Zeichen des beginnenden Wahlkampfes hält es die Bundesregierung für nötig, erstmals eine Bilanz ihrer Wirtschaftsdaten seit 1982 dem Jahreswirtschaftsbericht als Vorspann voranzustellen. Man kann es keiner Regierung verübeln, wenn sie die Ausflüsse einer weltweit anhaltend guten Konjunktur als Ergebnisse ihrer eigenen Leistungen bejubelt. Nur, so schön und makellos ist die Bilanz gar nicht, wie sie die Bundesregierung darzustellen versucht. Im Gegenteil, sie wird durch ein paar besonders häßliche Flecken antwortet:

Auch nach sieben Jahren weltweit guter Konjunktur ist die Massenarbeitslosigkeit mit über zwei Millionen Erwerbslosen fast unverändert hoch. Das ist und bleibt ein nicht hinnehmbarer Skandal. Wenn die Arbeitslosigkeit in Zeiten der Hochkonjunktur nicht beseitigt werden kann, wann denn sonst? Die erfreulichen und notwendigen Exporterfolge der deutschen Industrie dürften jedoch nicht zu außenwirtschaftlichen Überschüssen und damit außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten dieser Größenordnung ausufern: Mit voraussichtlich 115 Milliarden DM Leistungsbilanzüberschuß der deutschen Zahlungsbilanz 1990 wird das Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft erneut verstärkt, vorwiegend zu Lasten der USA, aber auch der Entwicklungsländer. Dieses muß eines frühen Tages zurückschlagen, zu unseren Lasten.

Ein besonders trübes Kapitel ist die von der Bundesregierung herbeigeführte unsoziale Einkommensverteilung. Die Lohnquote ist seit dem Regierungsantritt der Konservativen kontinuierlich abgesenkt worden und liegt nunmehr volle sieben Prozentpunkte unter dem Stand von 1982 (ein Prozentpunkt vom Volkseinkommen in Höhe von 1,7 Billionen DM entspricht 17 Milliarden DM). Um die gleiche Summe ist das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gestiegen.

Und vergessen wir nicht, während der Zeiten der zwei großen Ölkrisen in den 70er Jahren erreichte die von Helmut Schmidt geführte Bundesregierung im Vergleich aller OECD-Staaten, also der 24 reichsten westlichen Industrieländer, bei allen wirtschaftlichen Eckdaten einen Spitzenplatz. Schlechtestenfalls waren wir Dritter. Heute weist die OECD-Statistik aus, daß wir überall in die untere Hälfte abgerutscht sind.

Positiv ist anzumerken, daß im Jahreswirtschaftsbericht erstmals mit Schwerpunktthemen zur DDR, zur Umweltpolitik und zum Arbeitsmarkt auf künftige wirtschaftliche Herausforderungen abgehoben wird. Die Forderung nach einem Kurswechsel zur sozialen Marktwirtschaft in der DDR unterstützen wir Sozialdemokraten in Ost und West. Den Vorschlag, gemeinsame Infrastrukturvorhaben mit der DDR in Angriff zu nehmen auf den Gebieten Verkehr, Telekommunikation und Umweltschutz halten wir besonders in der ersten Phase des Zusammenwachsens für hilfreich und notwendig.

Zum ersten Mal seit Regierungswechsel wird auch das Thema „Macht der Banken“ und die Gefahr kumulierender Einflußmöglichkeiten der Kreditinstitute konkret angesprochen. Das halten wir dem beherrschenden Drängen von uns Sozialdemokraten zugute. (Hoffentlich werden hier auch regierungsamtliche Taten folgen.)

(-/22.1.1990/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Unsere Partnerschaft füllt sich Tag für Tag mehr mit Leben

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel hielt anlässlich der Delegiertenversammlung der SPD in der DDR am 14. Januar 1990 in Ostberlin eine Rede, die wir dokumentieren.

Verehrte Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde, und wenn ich zuhause wäre, würde ich jetzt auch noch sagen: liebe Genossinnen und Genossen. Aber ich weiß, das ist ein sensibler Punkt bei Euch, und ich kann Eure Sensibilität verstehen. Und es ist auch nicht meine Aufgabe, in Euren Meinungsbildungsprozeß in dieser Frage einzugreifen. Nur aufgrund meiner Erfahrung darf ich sagen: Man soll Elemente, die zur Tradition der Sozialdemokratie gehören, nicht deswegen preisgeben, weil andere diese Elemente mißbraucht haben.

Ich stehe ganz unter dem Eindruck der Erklärung, die Ihr zur deutschen Frage soeben verabschiedet habt. Und es drängt mich, gleich zu Beginn meiner Ausführungen zu sagen: Ich gratuliere Euch zu dieser Erklärung. Sie ist realistisch. Sie beschreibt das Ziel. Sie sagt, daß es ein Prozeß ist, der uns zu diesem Ziel führt. Und diese Erklärung bettet den Prozeß der deutschen Einigung ein in die europäische Entwicklung. Denn das ist entscheidend, daß unsere Nachbarn wissen: Ein sozialdemokratisches Deutschland in welcher Organisationsform auch immer ist ein guter Nachbar für alle Völker. - Ich bitte um Entschuldigung, daß ich eine Regieanweisung hier nicht beachtet habe. Hier steht auf einem Zettel „Bitte nicht mit der Faust auf das Pult schlagen. Alle Übertragungen werden durch die Erschütterung der Mikrophone gestört.“ Freundinnen und Freunde, was das Herz voll ist, geht der Mund über, und dann wird auch einmal die Faust auf dieses Pult schlagen. Im übrigen - auch das laßt mich sagen - es gibt auch Punkte, da muß man einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen, um sich deutliches Gehör zu verschaffen.

Ihr habt gestern beschlossen, künftig den Namen SPD, also Sozialdemokratische Partei Deutschlands, zu führen. Den Namen, unter dem in Deutschland seit über 100 Jahren Millionen von Männern und Frauen für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft haben. Den Namen, unter dem wir im anderen Teil Deutschlands immer wieder aufs Neue für die Verwirklichung dieser Ziele eintreten. Als Vorsitzender der anderen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gratuliere ich Euch zu dieser Entscheidung von Herzen. Egon Bahr hat Recht, wenn er gestern gesagt hat, dieser Euer Beschluß ist ein Beschluß von historischer Bedeutung. In den 40 Jahren, die ich in der sozialdemokratischen Bewegung stehe, habe ich viele Beschlüsse miterlebt. Kaum ein Beschluß aber hat mich stärker angerührt und mehr bewegt, als dieser Beschluß, von dem ich gerade spreche.

Dies deshalb, weil Ihr mit diesem Beschluß einen endgültigen Schlußstrich und einen Abschnitt gezogen habt, der zu den dunklen und bedrückenden Abschnitten in der Geschichte der Sozialdemokratie auf deutschem Boden gehört. Nämlich unter die Zeitspanne von 43 Jahren, in der es in diesem Teil Deutschlands keine SPD, keine Sozialdemokratische Partei Deutschlands geben durfts. Und in der Männer und Frauen deshalb Freiheit und Gesundheit, ja sogar das Leben verloren haben, weil sie sich weiterhin zu eben dieser Partei und ihren Prinzipien bekannten. Ihrer, dieser Männer und Frauen, gedenke ich in diesem Augenblick mit besonderer Bewegung. Und ich füge hinzu: Das Unrecht, das sie erleiden mußten, ist nicht vergessen. Es hat sich nicht einfach durch Zeitablauf erledigt. Diejenigen, die dieses Unrecht zu verantworten haben oder in deren Namen es begangen wurde, bleiben vielmehr zur Rehabilitierung der Verfolgten und zur Wiedergutmachung aufgefordert.

Wir Sozialdemokraten in der Bundesrepublik haben das übrigens nicht erst jetzt, sondern schon im März vergangenen Jahres und davor immer wieder gefordert. Mir erscheint das, was ich hier sage, Rehabilitierung der Verfolgten und Wiedergutmachung, übrigens noch dringlicher, als die Gewährung der Übergangsgelder, von denen jetzt soviel die Rede ist. Zu diesem Komplex, und

das will ich gerade hier nicht verschweigen, gehört auch die Frage des sozialdemokratischen Parteilermögens, das nach 1945 nicht zurückerstattet wurde, sondern in fremden Händen verblieb. Wir hören mit Aufmerksamkeit, daß viele übereinstimmen in der Forderung rechtsstaatlicher Verhältnisse. Die Rechtsstaatlichkeit wird sich auch an der Behandlung dieser Frage erweisen.

Jetzt, verehrte Anwesende, geht der Blick nach vorn. Er richtet sich auf unsere Zusammenarbeit, auf die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands. Wir sind uns wohl bewußt, unser gemeinsame Name ist keine zufällige Zusammenfügung beliebiger Begriffe, er ist ein Stück unserer Identität und zugleich eine Verpflichtung. Das gilt für alle Bestandteile dieses Namens, auch für das D, an dem wir in all den Jahrzehnten seit Kurt Schumacher unbeirrt festgehalten haben. Dieses D, dem auch die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts und Herbert Wehners gegolten hat.

Zu unserer Zusammenarbeit haben wir vor knapp vier Wochen auf unserem außerordentlichen Parteitag im anderen Teil der Stadt in einer einstimmig angenommenen Resolution festgestellt, und ich zitiere: „Die SDP“ - so war es damals korrekt, jetzt sagen wir, die SPD - „steht als einzige Partei in der DDR in der Tradition der deutschen Sozialdemokratie“ und in der Tradition, das füge ich von mir aus hinzu, des richtig verstandenen und nicht pervertierten und verfälschten freiheitlichen und demokratischen Sozialismus. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hier „ist unsere Schwesterpartei. Mit ihr vereinbaren wir förmliche Partnerschaften. Wir werden sie nach besten Kräften unterstützen. Wir sind sicher, in der DDR wird es wieder eine starke Sozialdemokratie geben“. Das war eine Hoffnung, als wir es beschlossen haben. Jetzt unter dem Eindruck Eurer Delegiertenkonferenz sage ich, es ist eine Gewißheit, wenn Ihr so weiter kämpft, wie Ihr hier begonnen habt.

Die Feststellung, die der Parteitag getroffen hat, bekräftige ich hier und heute. Und die Partnerschaft, von der die Resolution spricht, die steht ja weiß Gott nicht nur auf dem Papier. Sie ist bereits in vollem Gange und füllt sich Tag für Tag mehr mit Leben. Ich verweise insoweit nur auf die vielfältigen, immer dichter werdenden Kontakte zwischen regionalen und örtlichen Gliederungen, auf die eindrucksvollen Kundgebungen mit Willy Brandt in Rostock und in Magdeburg, denen - und ich freue mich, das sagen zu können - bald weitere folgen werden. Ich verweise aber auch auf Eure Mitwirkung auf unserem außerordentlichen Parteitag im Dezember. Für uns war wichtig, was Ihr bei dieser Gelegenheit eingebracht habt.

Und ich verweise schließlich auf den gemeinsamen politischen Ausschuß unserer beiden Parteien, der in allernächster Zeit zu seiner ersten Sitzung zusammentreten wird und dann regelmäßig unter wechselndem Vorsitz tagen soll. Wir haben uns für Schritte auf dem Wege zu einer Konföderation ausgesprochen. Das wollen wir nicht nur von anderen verlangen. Wir wollen mit konföderativen Elementen in unserer Zusammenarbeit auf diesem Wege beginnen.

Ich spreche von Partnerschaft, das heißt, wir wollen einander helfen und voneinander lernen. Aber wir wollen ebenso wechselseitig unsere Eigenverantwortlichkeit und unsere Selbständigkeit respektieren. Ich sage deutlich, wir wollen nicht vereinnahmt werden, aber wir wollen erst recht Euch nicht vereinnahmen. Und wenn ich von Austausch rede, dann ist das keine Einbahnstraße. Denn wir möchten auch von Euch lernen, und wir tun das ja bereits. Von Euren Erfahrungen, von Euren Plänen, von Eurer programmatischen Vorstellung. Und das, was gestern über Eure programmatischen Vorstellungen gesagt worden ist im Referat und auch in der Diskussion, das kann auch für uns Orientierung geben. So stelle ich mir die Zusammenarbeit vor.

Immerhin ist hier in der DDR unter Eurer tatkräftigen Mitwirkung etwas gelungen, was bislang in der deutschen Geschichte ohne Beispiel ist. Es ist Euch und anderen - da gibt es keinen Ausschließlichkeitsanspruch -, es ist dem Volk gelungen, gewaltlos und nur mit den Waffen des Wortes und der friedlichen Demonstration ein versteinertes System aufzubrechen und der Demokratie eine breite Bresche zu schlagen. Erstmals kam so die Demokratie nicht als Folge eines verlorenen Krieges oder von außen nach Deutschland, sondern weil das Volk seine Angelegenheiten selbst in die Hand

nahm und seinen Willen in die Tat umsetzte. Hier sind Energien frei geworden, hier sind Reformprozesse in Gang gekommen, die wir uns in mancher Frage auch bei uns wünschen würden. So etwa auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der ökologischen Erneuerung unserer Wirtschaft. Ich rufe uns auf, daß wir nach Bewältigung der nächstliegenden Probleme mit demselben Elan die großen Fragen Europas und die großen Fragen der Menschheit, etwa die Bewahrung dieses Planeten vor der Klimakatastrophe angehen; mit dem gleichen Engagement, das Ihr in diesen Fragen gezeigt habt.

Worum es jetzt geht, habt Ihr auf dieser Konferenz in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht. Ich brauche da nichts zu wiederholen. Deshalb sage ich nur, wir wollen unseren eigenen Wahlkampf nicht auf Eurem Territorium führen, aber wir wollen, daß Ihr in Eurem Wahlkampf die gleichen Chancen habt, wie die frühere Staatspartei und wie die Blockparteien. Das wollen wir. Chancengleichheit ist ein selbstverständliches Prinzip jeder demokratischen Wahl. Wir treten in aller Welt dafür ein, daß es beachtet wird. Und wir verlangen, daß dies gerade auch hier beachtet wird. Darüber, daß von Chancengleichheit nach unserem Eindruck bisher nicht die Rede sein kann, habe ich auch meinen gestrigen Gesprächspartner nicht im unklaren gelassen. Dies halte ich überhaupt für ein Grundelement einer überzeugenden Politik, daß man an verschiedenen Orten mit der gleichen Sprache und mit der gleichen Argumentation spricht. Das gilt übrigens für fast alle politischen Bereiche. Diese Forderung ist keine Einmischung in fremde Angelegenheiten, sondern ein Hinweis auf eine Selbstverständlichkeit und ein Ausdruck demokratischer Solidarität.

Wir wollen mit Euch, daß die Errungenschaften der Volksbewegung in der Zeit bis zur Wahl nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen, daß keine Tatsachen geschaffen werden, die es der Regierung, die aus den Wahlen vom 6. Mai 1990 hervorgeht, erschweren würde, ihrem Wählerauftrag gerecht zu werden. Und deswegen ist die Institution des Runden Tisches und das, was dort an Öffentlichkeit und Meinung gebildet und deutlich gemacht wird, auch für uns so wichtig. Wir wissen, daß es notwendig ist, bis dahin die Ordnung aufrecht und die Versorgung in Gang zu halten. Sozialdemokraten haben, wenn man ihre Geschichte studiert, vor diesen Notwendigkeiten nie die Augen verschlossen. Und wir haben den Menschen auch stets ehrlich gesagt, daß es zu bestimmten Zeiten auch der Geduld bedarf, damit die Dinge reifen und Prozesse zu einem guten Abschluß gebracht werden.

Wir sind darüber besorgt, daß die Zahl derer, die die DDR verlassen, noch immer hoch ist und neuerdings wieder steigt. Das verschärft die Probleme auf beiden Seiten. Deshalb bitten wir jeden, und ich tue es heute auch von hier aus, der die Übersiedlung erwägt, noch einmal zu bedenken, ob er nicht dort dringender gebraucht wird, wo er jetzt zu Hause ist und wo er lebt. Ich schwinde mich nicht zum Richter über solche Entscheidungen auf. Ich weiß selber nicht, wie ich mich - 20 oder 30 Jahre jünger - in einer bestimmten Lage hier vor diese Frage gestellt, entscheiden würde. Ich schwinde mich nicht zum Richter auf. Ich kritisiere nicht, nein, ich bitte, ich bitte zu überlegen, daß jeder Weggang hier die Schwierigkeiten erhöht und die Kräfte schwächt, die Reform, Demokratie und menschliche Lebensbedingungen in diesem Lande wollen.

Schließlich: Wir wollen Euch bei der Entfaltung des wirtschaftlichen Potentials helfen. Dieses Potential ist ja vorhanden in diesem Land. Es muß nur von den Fesseln einer bürokratischen Bevormundung und einer unsinnigen Zentralisierung befreit und in einer sozial und ökologisch verträglichen Weise zur Entfaltung gebracht werden. Der alte Marx hat einmal etwas von der Entfesselung der Produktivkräfte gesagt. Ich glaube, in diesem Sinne der Entbürokratisierung und der

Dezentralisierung muß dieser Satz nun eine neue Bedeutung und einen neuen Inhalt bekommen. Die entscheidenden Voraussetzungen dafür - und das heißt nicht, daß wir Euch vorschreiben, was Ihr machen sollt - die entscheidenden Voraussetzungen für diese Entfesselung, die müssen hier geschaffen werden. Aber wir sind zur Hilfe bereit. Und damit das ja nicht mißverstanden wird als eine gönnerhafte Bemerkung, wir sind zur Hilfe auch verpflichtet. Denn - das habe ich auch im Bonner Bundestag gesagt - die Menschen hier haben den Krieg nicht allein verloren. Es ist nicht ihre Schuld, daß sie ein Vielfaches an Reparationen und Kriegsfolgelasten tragen mußten.

Ich sagte, wir wollen den Wahlkampf nicht an Eurer Stelle führen. Aber wir wünschen von ganzem Herzen Euren Erfolg, wir wünschen Euch, daß Ihr aufs Neue an die Zeiten anknüpfen könnt, in denen die Sozialdemokratie in Sachsen, Thüringen, in Mecklenburg und in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt und in Dresden die stärkste der Parteien war. Und - laßt mich hinzufügen: Nach dieser Delegiertenkonferenz und nach dem Beschluß, den Ihr gestern um 15.02 Uhr, wenn ich genau informiert worden bin, gefaßt habt, ja - ich bin für Genauigkeit bis hin zur Pedanterie ein bißchen verschrren - nach diesem Beschluß, den Ihr da gefaßt habt, bin ich überzeugt, daß Ihr an diese Zeiten anknüpfen werdet. Ich bin auch überzeugt, die Schichten, die sich über diese Tradition gelegt haben, sie werden jetzt von Euch durchbrochen werden, und der Bogen der Geschichte wird für jedermann sichtbar in diesen Ländern, in diesen Teilen der DDR wieder erstehen.

Ohne eine starke Sozialdemokratie wird der Prozeß der Erneuerung und der Reformen weder in Eurem noch in unserem Teil Deutschlands so vorankommen, wie das unseren gemeinsamen Vorstellungen entspricht. Starke sozialdemokratische Parteien in beiden Teilen Deutschlands sind auch die beste Garantie dafür, daß die Prozesse der deutschen und der europäischen Einigung konsequent aber mit Geduld und mit Vernunft vorangebracht werden und das jeweils Mögliche verwirklicht wird, ohne auf die Perspektive zu verzichten. Und was Europa und die Grenzen angeht, so sage ich einmal mehr: Wir haben in Europa nicht mehr über die Verschlebung von Grenzen zu reden und über die Verschiebung der polnischen Westgrenze schon gar nicht. Wenn die Grenzen ein Thema sind in Europa, dann ist das Thema, sie durchlässig zu machen und diese Grenzen zu überwinden und zu einem Europa zu kommen, das in einer europäischen Friedensordnung keine Grenzen mehr kennt. Das ist das Thema der Grenze.

Liebe Freundinnen und Freunde, zu den ältesten Erfahrungen der Sozialdemokratie gehört der Satz: Gemeinsam sind wir stark! Er findet sich auf den alten Traditionsfahnen, die die Zeit der Verfolgung und Bedrückung überdauert haben. Dieser Satz galt für die Arbeitnehmer, die um ihre Rechte kämpften und auch noch heute kämpfen müssen. Er gilt noch heute für die Angehörigen der breiten Schichten unseres Volkes, die nur dann ihre Interessen wahrnehmen können, wenn sie sich zusammenschließen. Dieser Satz gilt aber auch für unsere beiden Parteien. Deshalb rufe ich Euch zu: Gemeinsam sind wir stark! Und danach wollen wir in guter Partnerschaft handeln. Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.

(-/22.1.1990/vo-he/rs)

* * *